144. Montag den 24. Juni 1861. 144.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 23. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Hofbaurath Hesse die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Verdienst-Ordens vom heiligen Michael zu ertheilen.

Der Baumeister Schönenberg zu Arnsberg ist zum Königlichen Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeisterstelle zu Samter verliehen worden.

Bei der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn ist der bisherige Kuratorial-Sekretär, Geheime Rechnungsrath Thiel, zum Rendanten und Quästor ernannt worden.

Ihre Majestät die Königin haben Allergnädigst geruht, dem Krystallwaarenhändler Kaufmann Franz Heinrich Gerdes-Neuber zu Aachen das Prädikat Allerhöchst Ihres Hof-Lieferanten zu verleihen.

Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist gestern hier eingetroffen und hat im Königlichen Schlosse Wohnung genommen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 23. Juni. [Die Militär-Reitschule zu Schwedt.] Die „Korresp. Stern“ meldet: Es wird uns bestätigt, daß die Veränderung, welche in der Organisation der Militärreitschule zu Schwedt bevorsteht, am 1. Oktober wie folgt zur Ausführung kommt: von jedem Kavallerieregiment und jeder Kavalleriebrigade ist ein Offizier dahin zu kommandiren. Die betreffenden Offiziere müssen mindestens 3 Jahre als Offiziere gedient haben; 57 verlassen nach Ablauf eines Jahres die Reitschule; 14 der daraus erlesensten bleiben 2 Jahre. Von je 2 Kavallerie-Regimentern und Artilleriebrigaden wird 1 Unteroffizier zur Reitschule kommandirt, welche 29 an der Zahl bis auf 12 der besten, welche 2 Jahr, ein Jahr dort bleiben.

Elberfeld, 22. Juni. [Zur Waisenhausangelegenheit.] Die Presbyterien der beiden hiesigen evangelischen Gemeinden haben dem Vernehmen nach seiner Zeit bei dem Oberpräsidium das Ansuchen gestellt, der Untersuchungskommission in der bekannten hiesigen Waisenhausangelegenheit geistliche Mitglieder zuzuordnen, da nur solche im Stande seien, über religiöse Dinge ein richtiges Urtheil abzugeben. Auf den ablehnenden Bescheid des Oberpräsidiums sollen sie sich beschwerend an den Oberkirchenrath gewandt und von diesem die Nachricht erhalten haben, daß in den Vorgängen, als einer rein städtischen Angelegenheit, keine Veranlassung liege, auf ihr Gesuch einzugehen. Die (Disziplinar-) Anklage gegen den Waisenhausvorsteher Klug wird Donnerstag, den 27. d., bei der Regierung in Düsseldorf zur Verhandlung kommen. (Elbf. Z.)

Köln, 21. Juni. [Unwetter.] Die fürchterlichen Gewitter, welche in der ersten Hälfte dieses Monats vorzugsweise das rechte Rheinufer heimsuchten, treffen jetzt mit derselben Verheerung das Land auf der linken Seite. Gestern Nachmittag scheint fast in derselben Stunde von Westphalen bis Belgien sich ein Gewitter entladen zu haben, an vielen Stellen mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag. Besonders zwischen Krefeld und Aachen sind viele Feldfrüchte zu Grunde gegangen. Bei Viersen sind 10 Minuten lang Hagelkörner von der Stärke eines Taubeneies gefallen. (BHZ.)

Marienwerder, 22. Juni. [Ein Protest.] In Folge einer von dem Vorstande des „deutschen landwirthschaftlichen Vereins zu Posen“ dem Staatsministerium zugefertigten Petition ist Seitens der katholischen Lehrer des Mewer Inspektionsbezirkes eine Erklärung an den genannten Vorstand abgegeben worden, in welcher sie gegen die in der qu. Petition ausgesprochene Anklage, die „polnischen Schullehrerseminare seien als die Pflanzstätten revolutionärer Ideen anzusehen“, energisch protestiren mit dem Bemerken, daß „die polnischen Lehrer ihre Anhänglichkeit und Treue gegen das Haus Hohenzollern und die eingesetzte Obrigkeit allerdings nicht durch paradirende Manifestationen, wohl aber in bescheidener Sitte in dem Kreise ihrer Schuljugend zu bethätigen wüßten. (D. Z.)

Paderborn, 21. Juni. [Schreiben des Papstes.] Unter dem 21. April d. J. hatte der Bischof Konrad die Gaben der Michaelis-Bruderschaft nach Rom geschickt und gleichzeitig dem Papste Glück gewünscht zu seiner Wiederherstellung und zum Uebertritte eines Theiles der bulgarischen Christen zum römisch-katholischen Bekenntnisse. Hierauf ist unter dem 16. Mai eine Antwort eingegangen, in welcher der Papst in Beziehung auf die Bulgaren sagt: „Von Gott, der da reich ist an Erbarmung, erflehen Wir demüthig und inbrünstig in Unseren Gebeten und Bitten zugleich mit Unseren Danksagungen, daß er durch seine göttliche Gnade jene gesammte Nation und alle, die vom Wege der Wahrheit elendiglich abgeirrt sind, zu seinem Einen Schafstalle und zur Einheit der katholischen Kirche zurückführen werde.“ (Elberf. Z.)

Oestreich. Wien, 21. Juni. [Erklärung Schmerlings über das Protestantengesetz.] Der Staatsminister Schmerling ließ nicht lange darauf warten, die von den katholischen Bischöfen an den Kaiser gerichtete Adresse durch eine bedeutungsvolle Demonstration zu nullifiziren. Er beantwortete, nachdem von Seiten der Kardinäle die Publizirung des Dokuments veranlaßt wurde, vorgestern die Interpellation des Abg. Pfretschner aus Tirol im Unterhause Betreffs der Agitationen gegen das Protestantengesetz, und zwar in ausführlicher und prononzirter Weise. Er machte vor Allem dem Hause die Anzeige, daß der Kaiser die Beschlüsse des Innsbrucker Landtags abgelehnt habe, was mit allgemeinem Bravo aufgenommen wurde. Der Minister erklärte, daß an die weltlichen und geistlichen Autoritäten die gewissensten Weisungen ergingen, den Agitationen entgegenzutreten und jede Ueberschreitung gerichtlich zu verfolgen. Dem Bischof von Brixen wurde das Ersuchen gestellt, den Generalvikar von Vorarlberg zu bedeuten, sein Benehmen mit dem Gesetze in Einklang zu bringen. An den Statthalter von Tirol, Erzherzog Karl Ludwig, ging ein Schreiben, daß Bestrebungen gegen das Protestantengesetz nicht geduldet werden dürfen, und die Behörden sind für den Erfolg ihrer pflichtgemäßen Thätigkeit verantwortlich. Die kirchlichen Organe haben die Bevölkerung mit Ernst und Nachdruck zu belehren. Und endlich zum Schlusse erklärte Herr v. Schmerling im Namen der Regierung, daß das Protestantenpatent ein Gesetz ist, dessen Modifikation nur im verfassungsmäßigen Wege angestrebt werden könne. Wiederholter, rauschender und allseitiger Beifall unterbrach die Vorlesung des Ministers, in welcher sich ein vollständiger Bruch mit der episkopalen Fraktion im Reichsrath und mit der ultramontanen Politik im Allgemeinen manifestirt. Der kaiserliche Prinz, welcher an der Spitze der Verwaltung in Tirol steht, wird somit unter Zustimmung des Kaisers für verantwortlich erklärt und der Bischof von Brixen einerseits, der Oberstaatsanwalt Haßlwandter andererseits, die Hauptagitatoren gegen das Protestantengesetz, in ihre Sphären zurückgewiesen. Jene Stelle in der Adresse der Kirchenfürsten, welche für die Glaubenseinheit in Tirol einsteht, ist sonach im antagonistischen Sinne durch den Kaiser und die Regierung entschieden; die Erzbischöfe wußten es, und wissen auch, daß noch andere Dinge nicht nach ihrer Auffassung geregelt werden, und deshalb treten sie mit der Adresse jetzt vor das Publikum, dem sie sonst keine Einsicht in ihre Schriften gewähren. Als Gegenschlag gab nun der Staatsminister die Erklärung, die weithin im Lande denselben Beifall wie im Parlament erobern wird. (N. Z.)

— [Aus dem Abgeordnetenhause.] Eine so bewegte Sitzung, wie die vorgestrige, hat bis jetzt im östreichischen Abgeordnetenhause noch nichst stattgefunden. Die Debatten wurden wiederholentlich durch den Ruf „zur Sache“ und „zur Ordnung“ unterbrochen, es wurde applaudirt und gezischt. Beistimmungen und Mißfallen gaben sich in wiederholten Bravo's, Hört, Oho und dergleichen laut zu erkennen und das nicht nur von den Deputirtenbänken, sondern auch und in ganz bedeutendem Grade von den dicht besetzten Galerien aus. Der Antrag von Dr. Mühlfeld und Genossen über die „Grundrechte“ gab nämlich den föderalistischen Fraktionen des Hauses Anlaß zur Darlegung ihrer politischen Glaubensbekenntnisse, und es wurde dadurch eine von heftiger Leidenschaftlichkeit erfüllte Debatte herbeigeführt. Die Sitzung dauerte mehr als fünf Stunden; dennoch wurde nicht nur die Generaldebatte nicht beendet, sondern es wurde sogar der eigentliche Gegenstand der Tagesordnung nur nothdürftig berührt. Dr Rieger und Dr. Klaudi hielten vielmehr lange Vorträge über Kompetenz des Reichsraths, über Autonomie der Landtage und unter Anderem auch über den gegenwärtigen Zustand der czechischen Kultur. Die Episode, die Riegers Heftigkeit berbeiführte, ist zu charakeristisch als daß wir sie übergehen könnten. Rieger hatte erklärt: „Wir haben Männer, auf die wir stolz sein können, wie Purkynje, Skoda, Rokitansky; aber sie waren nicht in der Lage, in unserer Sprache zu schreiben, weil der Staat Institutionen geschaffen hat, die voraussetzen, deutsch zu reden. Wir verlangen, daß die Gleichberechtigung in echter und loyaler Weise durchgeführt werde. Wenn aber alles das im Zentrum verhandelt wird, so können wir eine gerechte Berücksichtigung unserer Nationalität nie erwarten. Wir sehen, es ist einmal dem Menschen nicht gegeben, und keiner Nation gegeben, so gerecht zu sein gegen andere, wie sie es gegen sich ist. Wir wenigstens haben an den Deutschen diese traurige Erfahrung gemacht, und machen sie leider alle Tage.“ Auf diese Worte entwickelte sich nun folgende, getreu nach dem stenographischen Bericht wiedergegebene Scene: Präsident: Ich bitte sich niederzusetzen. Dr. Rieger: Ich appellire an das Haus, ob ich hierin etwas Beleidigendes gesagt habe. Präsident: Es ist beleidigend gegen die ganze deutsche Nationalität, wenn man .... (Bravo links.) Dr. Rieger: Ich appellire nach §. 36 der Geschäftsordnung an das hohe Haus, ob es weiter .... Präsident: Ich habe Ihnen einmal bereits das Wort gegeben zur Vertheidigung, als ich Sie zur Ordnung rief; ein zweitesmal gebe ich es nicht. Herr Kuranda hat das Wort. Dr. Rieger (mit erhobener Stimme): Nach §. 36 möge das Haus entscheiden, ob ich zu reden habe; ich erkläre feierlich, daß ich weit davon entfernt bin, eine Beleidigung gegen die deutsche Nation aussprechen zu wollen, die eine der zivilisirtesten und am reichsten begabten in Europa ist. Präsident: nach dieser Erklärung werde ich das hohe Haus befragen; vordem war ich es nicht im Stande, Gestattet das hohe Haus, daß der Herr Dr. Rieger weiter spreche? (Bedeutende Majorität erhebt sich. Bravo von beiden Seiten.) Dr. Rieger: Meine Herren! Ich werde nicht weiter sprechen über die Nationalitätenfrage, ich sehe, daß die Redefreiheit hier in Ketten geschlagen ist. — Präsident: Zur Ordnung! Sie machen dem Präsidenten den Vorwurf, daß er die Redefreiheit unterschlägt, ich bitte, sich niederzusetzen. Dr. Rieger: Ein Hoch der Redefreiheit, die im östreichischen Parlament gehandhabt wird. — Präsident: Ich rufe Sie zur — — Dr. Rieger: Ich rufe Sie zur Gerechtigkeit. — Präsident: Wenn sich der Redner des Anstandes und der Ruhe befleißen wird, dann werden solche Scenen nicht vorkommen. (Beifall.) Herr Kuranda hat das Wort.

Der „N. Z.“ schreibt man über diese Sitzung: „Die heutige Unterhaussitzung war voll von Sturm und Bewegung. Aber klarer ist die Situation geworden. Die polnische Fraktion hat sich den Deutschen bis zu einem gewissen Grade genähert. Rieger hat dem Deutschthume und dem gegenwärtigen Kabinette, welches er unverhohlen der Hypokrisie beschuldigte, den Fehdehandschuh hingeworfen. Aber gleichzeitig erklärte er sich 1) als Hussit, 2) als Demokrat. Seine Verbindungen mit dem Kardinal v. Schwarzenberg und dem Grafen v. Clam-Martinitz hat er im Namen der Partei, welche ihm folgt, für immer zerrissen. Der demokratische Föderalismus hat sich daher heute zuerst als förmliche Partei im Hause installirt, und es entsteht nun die gewichtige Frage, ob statt der feudal-klerikalen Intimitäten bei Herrn Rieger nicht neuestens der Mazzinismus in besondere Gunst getreten ist. Jedenfalls macht er eine falsche Rechnung. Wenn er an der konstitutionellen Verfassung rüttelt, so erschüttert er das Einzige, was hier Bestand verspricht; denn zu einer demokratischen Föderation nach Art der Schweiz und Nordamerika's sind die Dinge hier nicht angethan und wird man es nicht kommen lassen. Er nimmt eine schwere Verantwortlichkeit auf sich: denn er kompromittirt nicht bloß die Freiheit im Allgemeinen, sondern auch seine eigene Nationalität, da, wenn der große föderalistische Bruch gelänge, die Magyaren mit Naturnothwendigkeit magyarisiren, die Deutschen aus Selbsterhaltungsrücksichten in Czechien und Slavonien germanisiren würden.“

Wien, 22. Juni. [Gesundheitszustand der Kaiserin.] Die „Korresp. Stern“ erhält von hier folgende Nachricht: Die Kaiserin ist in einem sehr bedenklichen Zustande. Die Aerzte haben die Existenz eines Lungengeschwürs entdeckt; die Füße schwellen an, die Kaiserin begiebt sich in den nächsten Tagen nach Korfu mit dem Gefühl ihres herannahenden Endes. Die Aerzte befürchten eine Zersetzung des Blutes. — Ueber die Abreise der Kaiserin erfährt die „Donau-Zeitung“ noch, daß Ihre Majestät sich zuerst nach dem Schlosse Miramare bei Triest begiebt und daselbst die Ausrüstung der Schiffe zur weiteren Reise abwarten wird. Erzherzog Ferdinand Max hat sich bereits nach Triest begeben, um die nöthigen Befehle zu ertheilen; in seiner Begleitung befindet sich ein Adjutant des Kaisers (nach anderen Angaben der Reg. Rath Bayer), welcher nach Korfu vorauseilt, um daselbst die für den Aufenthalt der Kaiserin nöthigen Einrichtungen zu treffen. Ihre Majestät wird von denselben Personen ihres Hofstaates begleitet, welche die Monarchin nach Madeira begleitet hatten, mit alleiniger Ausnahme des Oberhofmeisters Grafen Nobili, welcher sich zum Badegebrauch nach Karlsbad begiebt.

— [Tagesbericht.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses hat der Justizminister einen Gesetzentwurf über die Grundzüge der Gerichtsverfassung vorgelegt. Die Frage wegen Schwurgerichte ist in demselben offen geblieben und sollen deshalb die Einzelnlandtage gehört werden. — Als Nachfolger des Erzherzog-Statthalters von Tirol bezeichnet man den in letzter Zeit vielgenannten Landesgerichtsrath Perthaler. — Wie der „Oestr. Ztg.“ mitgetheilt wird, predigte am verwichenen Sonntag in Bregenz ein junger Geistlicher Namens Heinrich gegen alle die, welche die Adresse um Erhaltung der Glaubenseinheit nicht unterschreiben wollen, und bediente sich dabei der maßlosesten Ausdrücke. Er drohte mit ewigen Höllenstrafen. Sie seien ärger, wie die Protestanten. Die Folge war allgemeine Entrüstung unter der Zuhörerschaft und unter den Einwohnern. „Jetzt,“ erklären viele Bürger, „werden wir erst nicht unterschreiben.“ Andere sagten: „Wenn man uns die Adresse bringt, reißen wir sie in Stücke. — In Pesth fand am 20. d. zu Ehren des Grafen Montalembert beim Fürsten Primas ein Diner statt. — Nach einem aus Mostar hierhergelangten Schreiben vom 10. d. befindet sich als Chef des Generalstabes der von Omer Pascha befehligten türkischen Truppen daselbst der bekannte polnische Graf Ilinski, Iskender Pascha, wonach sodann das frühere Telegramm, das dessen Tod meldete, sich als irrig herausstellen dürfte. — Zum Wiederaufbau des im Jahre 1848 niedergebrannten Klosters Zlatica im Temeser Banate hat der Kaiser 12,000 Fl. geschenkt, und der Patriarch Rajacics zu gleichem Behufe aus dem unter seiner Verwaltung stehenden russischen (?) Almosenfonds 5000 Fl. bestimmt. An weiteren eingesammelten frommen Gaben ist ein namhafter Betrag eingegangen, so daß am 9. d. die feierliche Grundsteinlegung zur neuen Klosterkirche stattfinden konnte.

Pesth, 19. Juni. [Strafverfahren gegen die Pesther Stadtrepräsentanz.] Die „Ungarische Korresp.“ schreibt: Die Pesther Stadtrepräsentanz hat bekanntlich in Angelegenheit der militärischen Steuereintreibung eine Adresse an das Unterhaus verfaßt, deren maaßlos heftiger Ausdrucksweise selbst in den Kreisen der entschiedensten Opposition allgemeine Mißbilligung zu Theil wurde. Die in diesem Schriftstücke enthaltenen Auslassungen gegen das Militär haben die Offiziere der hiesigen Garnison zu einer energischen Satisfaktionsforderung veranlaßt, und sollen sich dieselben, wie man hier erzählt, direkt an den Kaiser gewendet haben. Wie wir nun vernehmen, ist an die Statthalterei in Ofen und den Judex Curiae die Weisung ergangen, in dieser Angelegenheit mit aller Energie einzuschreiten. In Folge dessen soll bereits gestern der Stadtrepräsentanz ein Erlaß mitgetheilt worden sein, der verordnet: 1) daß die in Rede stehende Adresse kassirt werde; 2) daß die Sitzungen der Stadtrepräsentanz fortan sistirt werden; 3) daß gegen die Urheber und Verfasser dieser Adresse das strafgerichtliche Verfahren wegen Hochverrath eingeleitet werde. Dieser Erlaß wird gleichzeitig mittelst Tagesbefehl zur Kenntniß der ganzen Armee gebracht.

— [Aus der Adreßdebatte des Oberhauses.] Karl Nagalyi, Obergespan von Torna, sprach bei Gelegenheit der schon beendeten Adreßdebatte im Oberhause über das Unterrichtswesen. Redner hob besonders hervor, wie an den Gymnasien jeder Schüler zur Entrichtung einer Taxe von 8 Fl. 40 Kr. verpflichtet war, die aber durchaus nicht zu Schulzwecken verwendet, sondern einfach an die Finanzbehörden abgeführt wurden. Ferner beleuchtet er den sog. „Schulbücherverlag“ in Wien, der alle geistige Nahrung der Jugend monopolisire, wodurch in den Schulen nur jene Lehrbücher möglich seien, welche die Approbation des genannten Schulbücherverlages erhalten hätten. So komme es auch, daß in den evangelischen

Schulen Lehrbücher eingeführt werden, welche der Reformation jede Bedeutung absprächen, während andererseits in den katholischen Schulen solche Lehrbücher zirkuliren, die den Schüler nicht zum guten katholischen Christen, sondern zum treuergebenen k. k. Unterthan bilden. (Diese Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.) Der Erzbischof Lonovics leugnet nicht, daß die Erbprovinzen durch ein unlösliches Band mit einander verknüpft sind, aber weil die Erbprovinzen Bestandtheile des deutschen Bundes und an den Lasten desselben theilzunehmen verpflichtet sind, so kann die Nation nicht geneigt sein, in den Reichsrath einzutreten, weil sie sich selbst dem deutschen Bunde einverleiben würde. Mit dankbarer Anerkennung gedenkt er noch jener Patrioten, welche im vor. Jahre am Reichsrath theilnahmen und sich selbst und der ungarischen Nation um die Vertheidigung unserer Gesetze große Verdienste erwarben. — Zur Charakterisirung des Tones, der im ungarischen Oberhause herrscht, zitiren wir hier die Aeußerung des Grafen Karl Zay, welcher erklärte, er wolle lieber als Ungar in die Hölle, denn als Deutscher in den Himmel eingehen. Zum Schluß verbesserte sich der ehrenwerthe Redner und meinte, er möchte doch nicht zur Hölle fahren, „weil er dort deutschen Ministern begegnen könnte“.

Pesth, 22. Juni. [Telegr.] Das Unterhaus hat beschlossen, daß die Adresse durch seinen Präsidenten und ein Mitglied des Oberhauses dem Kaiser überreicht werde.

Bayern. München, 21. Juni. [Quieszirung des Dr. Rust.] Die „N. M. Z.“ meldet in ihrem amtlichen Theile die Quieszirung des königl. Ministerialrathes und Oberkonsistorialrathes Dr. Rust. Mit demselben verschwindet die gewaltigste Stütze der Gegner der unirten Kirche, ohne ihn werden die kleineren Lichter ihren Kampf gegen die Union, wenn auch nicht ganz einstellen, doch nicht mehr so keck und offen führen als bisher. Der Kampf zwischen den treuen Anhängern der Union und dem Dr. Rust ist ein mehr als dreißigjähriger erbitterter Krieg. Alle die kirchlichen Kämpfe, die Wahlversagungen gegen freisinnige Geistliche, das neue Gesangbuch, die Schöpfung der Kernlieder: alle diese Dinge sind bald mittelbar, bald unmittelbar vom Dr. Rust ausgegangen. Der gleichfalls zurückgetretene Dr. Ebrard war der getreue Eckart.

— [Adresse an Prof. v. Sybel; Verbot.] Vorgestern versammelten sich die Studenten der Universität in der Aula und faßten den Beschluß, durch eine Deputation dem Prof. v. Sybel eine Adresse überreichen zu lassen, worin sie ihr Bedauern über sein Scheiden von der hiesigen Hochschule aussprechen. — Die „Südd. Ztg.“ vom 19. d. meldet: Die für morgen auf dem Repertoir angesetzte Oper „Die Stumme von Portici“, in welcher Schnorr v. Karolsfeld den Masaniello singen sollte, hat auf allerh. Befehl zu unterbleiben und es wird dafür „Fidelio“ zur Aufführung kommen. Wie man hört, soll das Libretto die Schuld tragen, daß diese Oper seit den vorjährigen Ereignissen in Neapel von den hiesigen Brettern entfernt blieb. Interessant ist es, daß die „Stumme von Portici“ in diesen Tagen in Wien gegeben wurde und in München verboten wird.

Sachsen. Dresden, 22. Juni. [Die Abgeordnetenkammer] hat heute in ihrer Schlußabstimmung über die Wahlreformgesetze dieselben mit 54 gegen 13 Stimmen angenommen.

Bremen, 21. Juni. [Küstenschutz.] Die Bürgerschaft hat vorgestern den Antrag des Dr. Pfeiffer und Gen., welcher den Senat auffordert, sich mit anderen zunächst betheiligten Regierungen über gemeinsame Maaßregeln zum Schutze der deutschen Nordseeküsten und namentlich zur Gründung einer Flottille von Dampfkanonenbooten in Verbindung zu setzen, mit 66 gegen 11 Stimmen angenommen. Auch die dissentirenden Stimmen richteten sich nicht gegen den Antrag selbst, sondern gaben nur einer anderen formellen Behandlung den Vorzug.

Frankfurt a. M., 21. Juni. [Bundestagssitzung.] Von den Gegenständen, die in der gestrigen Bundestagssitzung zur Verhandlung kamen, ist lediglich eine Erklärung von Preußen bemerkenswerth, welche auf Beschleunigung der Berathung der Küstenschutzangelegenheit dringt. — Ein Vortrag der Reklamationskommission über das Gesuch des Buchhändlers Korn wegen des Verlagsrechts des Handelsgesetzbuches schließt mit einem ablehnenden Antrage. Die Abstimmung findet nächstens statt. — Sonst wurden noch Vorträge über unbedeutende Festungssachen, Pensionsangelegenheiten rc. erstattet. Die laufende Dotation für die Bundesfestung Rastatt wurde gutgeheißen. (Pr. Z.)

Hessen. Kassel, 21. Juni. [Eröffnung der Zweiten Kammer.] Heute ist die 2. Kammer eröffnet worden, trotz der allgemeinen Verwahrung gegen die Verfassung von 1860. Nach geschehener Eidesleistung erklärte Präsident Nebelthau die Kammer für konstituirt und theilte mit, daß die Wahlprüfungskommission 47 Mitglieder als legal gewählt anerkannt, bei dem 48sten dagegen Bedenken gefunden habe. Demnächst werden vom Ministertische die Vorlagen für den Landtag vorgelesen, nämlich: 1) Gesetz über die künftige Zusammensetzung des Landtages; 2) Geschäftsordnung der Landstände; 3) Einführung der Bezirksräthe; 4) Uebernahme der Leih- und Kommerzbank Seitens des Staats (Lombard); 5) Gesetz über Emission neuer Kassenscheine; 6) über Expropriation bei Eisenbahn- und Telegraphenanlagen (in Hinblick auf die projektirte Bahn Bebra-Fulda-Hanau); 7) Budget; 8) Mittheilung des Justizministers, daß Vorschläge über Reorganisation der Justizverwaltung vorbehalten blieben; 9) eine Aufforderung (die jedoch auf dem Zuhörerraum vollständig unverständlich blieb); endlich 10) die Mittheilung, daß, da in der Verfassung von 1860 alle wesentlichen Bestimmungen der von 1831 enthalten seien (!), die Regierung spezielle Vorlagen in dieser Beziehung für unnöthig gehalten habe, womit jedoch Anträge der Stände auf der Basis von 1860 nicht ausgeschlossen seien. (N. Z.)

Sächs. Herzogth. Weimar, 22. Juni. [Dr. Preller †.] Der großherzogliche Oberbibliothekar Hofrath Dr. Preller ist gestern in Folge eines heftigen Brechruhranfalls verschieden.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Juni. [Die Kirchensteuer.] Das aufregendste Ereigniß der ganzen Parlamentssession, schreibt die „Times“, ist die vorgestern bei Stimmengleichheit durch das entscheidende Nein des Sprechers unter dem Jubel der Opposition erfolgte Verwerfung der Trelawny'schen Bill wegen Aufhebung der Kirchensteuer. Auf ein Jahr ist nun die Frage allerdings bei Seite gelegt, aber sie wird immer wiederkommen, so lange, bis das Parlament sie endlich bejaht und erledigt. Denn es ist unmöglich, daß eine Sache wie diese, allen Zeitströmungen zum Trotz, schließlich nicht triumphiren sollte. Sie wird es bestimmt, und wenn man immerhin bedauern mag, daß die Agitation vorläufig noch fortdauern soll, so wird man es auch dem Sprecher nicht verargen können, daß er es vorgezogen, lieber ein Nein zu sprechen, als die Bill mit der dürftigen Majorität seiner eigenen Stimme ans Oberhaus zu schicken.

— [Enthüllungen über die schleswig-holsteinsche Angelegenheit.] In der Unterhaussitzung am 18. d. beantragte (wie schon telegraphisch gemeldet) Lord R. Montagu eine Adresse an die Krone, mit der Bitte, daß Ihre Majestät gnädigst geruhen möge, Maaßregeln zu ergreifen, um jede fremde Einmischung in das alte Erbfolgerecht des Königreichs Dänemarks und der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu verhindern. Nach einem Hinweis auf das jüngst erschienene Blaubuch, auf die Bedrückungen, welche sich die dänische Verwaltung in Schleswig erlaubt, und die sich mit der ehemaligen Polizeiwirthschaft in Sizilien und Neapel vergleichen ließen, sowie auf die von Herrn Raaslöff gemachten Enthüllungen, nach denen der erste Minister von Dänemark fremde Regierungen betrogen und seine eigenen Stände getäuscht habe, bemerkte er, haß der Zweck all' dieser Verfolgungen und Winkelzüge kein anderer sei, als der, die Einverleibung der Herzogthümer oder, wie man es euphemistisch nenne, die Integrität der Monarchie von Dänemark zu fördern. Seit den ältesten Zeiten hätten Schleswig und Holstein zusammengehört; diese Verbindung habe ihrer Inkorporation im Wege gestanden; Dänemark aber strebte von jeher nach dieser Einverleibung, und um sie zu ermöglichen, habe es das Gesetz der Erbfolge geändert, und diese den Herzogthümern durch das Londoner Protokoll aufgezwungene Umwälzung sei der Grund alles Mißvergnügens der Schleswig-Holsteiner. Der Antragsteller erwähnte hierauf in gedrängter Skizze die Vorgänge von 1846, 1848 und 1849. Unter dem Ministerium Manteuffel, „welches vom deutschen Volk als ein in seinen Tendenzen russisches gehaßt wurde, sei dann in der Politik Preußens eine Aenderung eingetreten“. „Dieses Ministerium führte einen Friedensvertag herbei, der einen geheimen Artikel hatte. Der Vertrag wurde dem Hause der Gemeinen vorgelegt, nicht so der geheime Artikel. Dieser bestimmte, daß der König von Preußen alle Vorschläge des Königs von Dänemark zur Aenderung der Erbfolge und Aufrechthaltung der Integrität Dänemarks unterstützen solle. Ob, was man über die auf das Ministerium Manteuffel geübten Einflüsse angiebt, wahr ist oder nicht, kann ich unmöglich sagen, aber quer über das bewußte Dokument war geschrieben: „Meyendorff“ (der russische Gesandte) „hat all diese Einzelheiten arrangirt.“ Als nun die russische Flotte vor der Küste erschien, wurden die preußischen Truppen zurückgezogen, mit der geheimen Absicht, die Herzogthümer ihrem Schicksal zu überlassen. Der Friedensvertrag von 1850 war eingeschlossen in einer Depesche von Lord Westmoreland, der am Schluß sagte, daß Baron Meyendorff in seinem Bestreben, die Unterhandlungen zum Abschluß zu bringen, unermüdlich gewesen sei, und durch die Erklärungen seiner Regierung gestärkt, in hohem Maaße zum Resultat beigetragen habe. Im Jahre 1851 schlug der König von Dänemark vor, Holstein förmlich vom deutschen Bunde zu trennen und in Dänemark einzuverleiben; aber im Jahre 1842 hatte er feierlich gelobt, nichts zur Zerreißung der Union zu thun, und an dieses Versprechen mahnte ihn eine Depesche vom edlen Lord Staatssekretär des Auswärtigen (Lord J. Russell), der, wie ich sagen muß, in der ganzen Sache ehrlich und edel gehandelt zu haben scheint. Ich habe jetzt von dem sogenannten Vertrag von London vom 8. Mai 1852 zu sprechen. Es war dies kein Vertrag, denn wenn sieben Personen einen Kontrakt unterzeichnen, dessen Zweck ein gesetzwidriger ist, so hat der Vorgang eigentlich den Charakter einer Verschwörung und nichts Bindendes. Die Deutschen haben ihn auch bis auf den heutigen Tag nicht als Vertrag anerkannt und nennen ihn bloß das Londoner Protokoll. Oestreich und Preußen unterzeichneten ihn, aber der Bund hatte ihnen dazu keine Vollmacht gegeben und ihre Unterschriften sind daher nicht gültig. Ich weiß aus bester Quelle, obwohl ich leider sie hier nicht nennen kann, daß Preußen den lebhaftesten Wunsch hat, den Vertrag zu annulliren. Ich glaube, Oestreich würde gern dasselbe thun. England, Frankreich und Rußland haben ihre Unterschriften unter den Vertrag gesetzt, aber seitdem waren die zwei ersteren Mächte im Krieg mit der letzteren, und ein Krieg zwischen zwei Mächten hebt bekanntlich jeden zwischen ihnen vorher geschlossenen Vertrag auf, wofern er nicht nach dem Kriege erneuert wird. Der Vertrag von 1852 ist noch nicht in Kraft getreten und soll erst nach dem Tode des jetzigen Königs von Dänemark seine Wirkung haben. Die Erbfolge soll dann, mit Ueberspringung von 19 Erben, auf einen Prinzen fallen, der nur durch drei Grade vom Kaiser von Rußland entfernt ist. Kein Sohn des künftigen Königs Christian solle nach dem Vertrag den Thron besteigen dürfen, außer wenn er aus der Ehe mit der Prinzessin Louise von Hessen stammt. Dieses Londoner Protokoll, das von großer Wichtigkeit ist, wurde dem Hause nie erläutert, und das Haus weiß durchaus nichts über die Art seines Zustandekommens. Nun finde ich, daß Lord Palmerston am 20. März 1851 erklärt hat: „Es ist über diese Punkte (die Erbfolge und die damit zusammenhängenden Arrangements) viel korrespondirt worden. Aber Ihrer Majestät Regierung hat sich von jedem Antheil an diesen Unterhandlungen geflissentlich und systematisch fern gehalten.“ Aber neun Monate vorher, am 2. August 1850, war ein Protokoll zu London unterzeichnet worden. Welchen Grund hatte der edle Lord zu leugnen, daß Ihrer Majestät Regierung mit diesen Unterhandlungen etwas zu thun gehabt hatte? Man sollte nach jener Aeußerung denken, daß er sich des Protokolls schämte, oder daß die Unterhandlungen hinter seinem Rücken stattfanden. Aber nach den Noten zu schließen, muß der edle Viscount sich an ihnen betheiligt haben, denn an einer Stelle finde ich „Abänderung, die Lord Palmerston verworfen hat,“ und an einer anderen „Abänderung, die Lord Palmerston noch nicht diskutirt hat“. Ich höre, daß der edle Viscount das Protokoll dem Kabinet vorlegte, und daß die Mitglieder es mißbilligten und nicht unterzeichnen wollten. Die Regierung befand sich damals in Schwierigkeiten. Die Pacifico-Kontroverse war im Gange. Das Ministerium war im Oberhause in einer Vertrauensfrage überstimmt worden. Herr Drouyn de Lhuys, der französische Gesandte, war abberufen, und Graf Nesselrode schrieb (was Herr Cobden eine rodomontirende Epistel, Herr Gladstone aber eine „öffentliche Lektion“ für den edlen Viscount nannte, eine Depesche, worin Baron Brunnow die Weisung erhielt, seine Pässe zu verlangen. Was bewog also das britische Kabinet, den Vertrag zu unterzeichnen? Die „Weser-Zeitung“ vom April 1853 beantwortet die Frage (hier verliest der Antragsteller einen Artikel der „Weser-Zeitung“, der mit den Worten schließt: Lord Palmerston fragte (als Brunnow seine Pässe verlangte), ob es kein Mittel gebe, die Differenz auszugleichen. „Gewiß,“ war die Antwort, „die Unterzeichnung des Londoner Protokolls!“ Drei Wochen später ward das Protokoll wirklich unterzeichnet. Aber vielleicht die beste Autorität über diesen Punkt sei der Herr v. Gagern, der Präsident des deutschen Parlaments, der in seinem „Protest“ den Zusammenhang in derselben Weise erklärt. (Er verliest die betreffende Stelle.) Bei Unterzeichnung des Vertrages von 1852 reichte Baron Brunnow eine Note ein, in der folgende Stelle vorkommt: Mit der Ermächtigung, den Vertrag zu unterzeichnen, erhielt ich den Befehl, zugleich gegenwärtige Note zu überreichen, um die im Warschauer Protokoll enthaltenen Vorbehalte ins Gedächtniß zu rufen und zu erneuern.“ Durch jenes Protokoll wurde ausdrücklich beoungen, daß die Rechte Rußlands nach dem Tode des Prinzen Christian und seiner zwei Söhne wieder ins Leben treten sollten. Die Ansprüche Rußlands wurden zu Rechten und wurden seitdem stets als Rechte anerkannt. Der Kaiser von Rußland verzichtete auf Nichts. Früher hatte Rußland nur auf einen Theil Holsteins Anspruch. Jetzt wurden seine Ansprüche zu Rechten und erstreckten sich auf ganz Holstein, Schleswig und Dänemark. — Hier beantragte ein Mitglied die Anwesenden zu zählen, und da keine 40 zugegen waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Die „Morning Post“ giebt in einem vollständig dänischgefärbten Artikel ihre Freude darüber zu erkennen, daß die Diskussion des Montague'schen Antrages vereitelt worden, indem eine beantragte Zählung des Hauses ergab, daß nicht mehr die zu Verhandlungen erforderliche Zahl von Mitgliedern anwesend war. Die „Post“ ist sogar unwillig darüber, daß Lord R. Montague es sich herausnahm, Blaubücher zu lesen und zu zitiren! — Der „Morning Herald“ dagegen glaubt, daß es Lord R. Montague, trotz der Zählung des Hauses, gelungen sein dürfte, die Wichtigkeit der schleswig-holsteinschen Frage dem Publikum etwas klarer zu machen. Der „Globe“ enthält wieder eine Zuschrift von Karl Blind zur Entgegnung auf eine neuliche dänische Epistel, die in demselben Blatte gestanden hatte.

— [Ein Boxerkampf.] Am 18. d., als am Jahrestage der Schlacht von Waterloo, wurde auf einer kleinen Insel des Medway Flusses, nicht weit von Chatham, von zwei professionellen Boxern um die Championship und den großen Ehrengürtel der englischen Boxerei gekämpft, der seit dem Kampf zwischen Heenan und Sayers zu vergeben war. Der Kampf war einer der außerordentlichsten in den Annalen der Boxerei. Hurst und Mace sind die Namen der Beiden, die um den Gürtel rangen. Jener, ein Mann von herkulischer Stärke, 6' 4" hoch, von erschreckend ausgebildeter Muskulatur, ein Riese, der mit einem einzigen Schlage wenn nicht einen Ochsen, doch einen Menschen fällen kann, aber sonst kein Boxer von Talent und Geschick; dieser im Vergleich zu ihm ein schwächliches Individuum, bloß 5' 8" hoch, dabei aber wohlgeformt und in allen Künsten des edlen Faustkampfs wohl bewandert. Der Kampf dauerte 50 Minuten. Der Riese wurde geblendet, jämmerlich zerschlagen und so fürchterlich zugerichtet, daß der Rasen von seinem Blute getränkt wurde, während sein Gegner auch nicht einen einzigen Stoß erhielt. Mace ist somit Boxerkönig und trägt den Ehrengürtel, bis ein Anderer ihm denselben entreißt.

London, 21. Juni. [Tagesbericht.] Vorgestern hielt die Königin ein Drawingroom und erschien nach langer Zeit zum ersten Mal wieder öffentlich. Die ganze königliche Familie, die Hof- und Staatsbeamten, das diplomatische Korps und bei Weitem die größere Anzahl der Anwesenden erschienen um die Herzogin von Kent in Trauer. — Nach dem „Flotten-Moniteur“ bestehen die englischen Seestreitkräfte an der syrischen Küste aus folgenden Schiffen: „Hannibal“, Schraubenlinienschiff von 91 Kanonen und 450 Pferdekraft, trägt die Flagge des Gegenadmirals Rodney Mundy, „Renown“ von 91 Kanonen und 800 Pferdekraft, „Mars“ von 80 Kanonen und 800 Pferdekraft; ferner die beiden Schraubenfregatten „Amphion“ von 36 Kanonen und 300 Pferdekraft und „Melpomène“ von 51 Kanonen und 600 Pferdekraft und schließlich die Aviso „Greyhound“ und „Firefly.“ — In Kingswood, zwischen London und Dover, ist eine Frau ermordet worden, und alles deutet darauf hin, daß einer der Mörder ein deutscher Arbeiter aus Schlesien war, der am Tage vor der That bei der Sängerin Titjens gebettelt und von ihr hinreichende Unterstützung zur Rückreise nach Hamburg erhalten hatte. Bis zur Stunde ist es der Polizei noch nicht gelungen, der Mörder habhaft zu werden; doch sind genügende Vorkehrungen getroffen, daß sie aus keinem der Häfen entkommen. — Auf der Great Northern Bahn ist eine berühmte und hochgeschätzte Persönlichkeit verunglückt, während der Fahrt, ehe man den Zug anhalten konnte, im Wagen verbrannt: der Derbyrenner „Klazikoff“. Lord St. Vincent hatte zwei Tage vor dem Derbyrennen für den halben Antheil am Besitz dieses Pferdes 5000 Guineen gegeben.

London, 22. Juni. [Schiffbruch.] Newyorker Nachrichten vom 8. d. melden, daß der Dampfer „Canadian“ Schiffbruch gelitten habe und zu Grunde gegangen sei. 24 Passagiere und 10 Schiffsleute hätten wahrscheinlich ihren Tod gefunden. Der Kapitän und die anderen Reisenden seien gerettet.

Frankreich.

[] Paris, 21. Juni. [Die Preßdebatte; die Generalrathswahlen; der König von Italien; die syrische Frage; Herzog von Broglie; Mirès.] Der gesetzgebende Körper hat am Dienstag einen letzten glanzvollen Tag gehabt. Die Rede, in welcher Jules Favre (s. Nr. 142) die Haltung der Regierung zeichnete, ihre Uebergriffe, ihre Rücksichtslosigkeit gegen die Gesetze schilderte, hat einen außerordentlichen Eindruck gemacht. In den vorhergehenden Debatten war Jules Favre nicht derselbe gewesen, wie er sich früher gezeigt hatte; die Wandelung in den Ansichten der Regierung, die Dekrete vom 24. Nov., die Haltung der Regierung gegenüber der Geistlichkeit hatten die kleine republikanische Oppositionspartei in eine falsche Stellung gebracht, da sie die Regierung nicht angreifen, sie aber auch nicht unterstützen wollte. Auf dem Gebiete der Preßangelegenheiten war ihre Stellung vollständig klar abgegrenzt, und Favre gewann sein ganzes Uebergewicht wieder. Gegen die glänzende Anklage, welche er gegen die Regierung schleuderte, verblaßte die Antwort Billaults, und dies um so mehr, als er zwei im Volke sehr lebendige Hoffnungen vollständig durch seine Erklärungen, daß die Kammer nicht aufgelöst werde, und man aus den Dekreten vom 24. Nov. keine weiteren Reformen erwarten dürfe, vernichtete. Favre hatte in seiner Rede die Presse, der Wahrheit gemäß, als vollständig von der Regierung abhängig dargestellt. Hiergegen protestiren gewisse Blätter, namentlich der „Siècle“ und die „Opinion Nationale“, allein dieser Protest beweist nur die Richtigkeit der Darstellung Favre's, welcher keineswegs behauptete, daß die sämmtlichen Blätter ihre Artikel nach den Vorschriften des Ministers abfaßten, sondern nur den großen Einfluß desselben auf die Presse durch die eigenmächtige Ertheilung der Avertissements schildern wollte. — Was die ministerielle Erklärung betrifft, daß das Dekret vom 24. Novbr. durchaus nicht zur Hoffnung neuer Reformen berechtigt, so darf man derselben keine zu weite Bedeutung zumessen. Es ist ja bekannt, daß die Politik des Kaisers darin besteht, dem Scheine nach sich die Reformen nicht abnöthigen zu lassen, sondern sie freiwillig zu geben. Gegenüber dem allmäligen Erwachen der französischen Nation, welche nach und nach zu einem politischen Bewußtsein kommt, ist es unmöglich, auf der einmal betretenen Bahn inne zu halten. Von dieser regeren Theilnahme an dem Gange der Staatsmaschine geben vor Allem die Generalrathswahlen einen schlagenden Beweis, wie ich dies schon in meinem vorigen Briefe hervorhob. Allmälig werden die Details bekannter; sie bestätigen von Neuem das emsige Einschreiten der Verwaltungsbeamten überall, wo dem Kandidaten der Regierung die Majorität nicht günstig schien, und zuweilen sind die niederen Beamten in ihrem Diensteifer weiter gegangen, als das Ministerium gewünscht hatte. Ein schlagendes Beispiel dieser Servilität giebt die Wahl in dem Kanton von Thorigny, Departement La Manche; dort hatte sich Havin, der Redakteur des „Siècle“, als Kandidat aufgestellt, und der Präfekt, trotzdem ihm bekannt war, daß Persigny, so wie der Kaiser selbst die Wahl Havins begünstigten, Nichts verabsäumt, um seine Erwählung zu hintertreiben. Havin hat in Folge dessen gegen die Wahl seines Mitbewerbers Protest eingelegt und es ist wahrscheinlich, daß dieselbe für ungültig erklärt werden wird. Derartige Mittheilungen finden sich übrigens in allen Zeitungen. Aus diesen Vorgängen läßt sich erkennen, welche große Aufregung des Volkes

sich bemächtigen würde, wenn die Kammer aufgelöst und zu neuen Wahlen geschritten werden müßte. Es läßt sich annehmen, daß dies ein Grund ist, welcher die Regierung zu der neulichen Erklärung durch Billault bewogen hat. Eine andere Stelle in der Rede Billaults hat ein gleiches Aufsehen erregt: seine Bezeichnung Victor Emanuels als „König von Italien". Man hat dies als eine Bestätigung der bereits erfolgten Anerkennung aufgefaßt. Dies ist aber ein Irrthum. Offiziell ist die Anerkennung noch nicht erfolgt, indessen ist es zu erwarten, daß der Baron Ricasoli die französischerseits gestellten Bedingungen angenommen hat. Insbesondere bietet die römische Frage von Neuem Schwierigkeiten, da Ricasoli auf diesem Punkte weniger nachgiebig ist, als es Cavour gewesen. Freilich darf man nicht vergessen, daß auch Cavour in diesem Augenblicke nicht anders hätte handeln können, als Rom unter jeden Umständen zu fordern, da die italienische Nation durchaus darauf besteht, daß der Schwerpunkt dorthin verlegt werde, ein Plan, dem Cavour persönlich nicht geneigt war. Er hatte mit seinem Scharfsinn erkannt, daß ein Aufenthalt des Papstes außerhalb Italiens den Interessen der Nation weit schädlicher sein würde, als sein Verweilen in Rom, getrennt von allen Mächten, die ihn unterstützen würden, aus deren eventueller Koalition er neue Kräfte gewinnen würde, sobald er sich in ihrer Mitte befände. Es dürfte indessen dem Baron Ricasoli schwer fallen, seinen Ueberzeugungen treu zu bleiben, und wenn ich recht unterrichtet bin, so ist gestern eine Depesche von ihm hier eingegangen, welche seine Einwilligung ausspricht; damit ist das letzte Hinderniß, welches der Anerkennung im Wege stand, gefallen. Man nennt jetzt Benedetli, als mit der Vertretung Frankreichs in Turin beauftragt, doch dürfte die Bestätigung dieser Nachricht abzuwarten sein. Jedenfalls wird zunächst Marschall Niel als außerordentlicher Gesandter nach Turin gehen; und von dort aus gleichfalls eine bedeutende Persönlichkeit vor dem Ritter Nigra hier eintreffen.

Dies ist ein nicht unbedeutender Sieg für die französische Diplomatie; allein eine neue Niederlage im Orient wiegt ihn auf. Die Ernennung Fuad Pascha's (?) zum Gouverneur von Syrien ist gegen den Willen Frankreichs erfolgt, welches die Kandidatur Ibrahim Pascha's für diesen Posten begünstigte. Man ist hier mißgestimmt darüber, da man die energische Haltung Fuad Pascha's kennt und einen Sieg der englischen Politik auf der ganzen Linie fürchtet. Die „Patrie" beginnt bereits heute einen kleinen Krieg gegen Fuad Pascha, in dem sie eine seiner Proklamationen angreift. — Die Angelegenheit des Herzogs von Broglie gewinnt an Bedeutung, nachdem derselbe jede Unterhandlung mit der Regierung abgelehnt. Herr von Persigny, dem die Sache sehr verdrießlich ist, hatte dem Herzog den Vorschlag machen lassen, da kein Name auf dem Titel des Buches: „Blicke auf die Regierung Frankreichs" angegeben sei, die Verhandlung nur gegen den Drucker auszudehnen; allein der Herzog erklärte, daß er die Verantwortlichkeit auf sich nehme (Verfasser ist der Herzog von Aumale) und demzufolge er nicht von seiner eingereichten Klage zurücktreten könne. Was ihn persönlich anbetrifft, so wird er von seinem Rechte Gebrauch machen, welches ihm der Senatsbeschluß vom 13. Juni 1858 einräumt, nach welchem die Großkreuze der Ehrenlegion nur von dem höchsten Gerichtshofe, welcher eigens dazu zusammentritt, verurtheilt werden können (s. Nr. 143). In der Klage des Herzogs gegen den Polizeipräfekten, in welcher derselbe eine Entschädigung für Vernichtung der weggenommenen Exemplare forderte, stand heute Termin an; doch ist derselbe verlegt worden. — Die auf gestern angesetzte Verhandlung in Sachen Mirès ist abermals auf 8 Tage verschoben worden, da die Vertheidigung, wie ich Ihnen bereits gemeldet, ihre Vorarbeiten noch nicht vollendet. Seitens der Behörden hatte man dem von Mirès geäußerten Wunsch, sich nach seiner Wohnung, seinen Bureaus u. s. w. begeben zu können, gewillfahrtet, indem man anfänglich denselben von einigen Sicherheitsbeamten begleiten ließ. Auf seine Erklärung, daß er in Gegenwart derselben nicht arbeiten und die erforderlichen Gespräche mit seinen ehemaligen Untergebenen nicht führen könne, gestattete man die Entfernung der Beamten, indem statt ihrer ein Advokat im Zimmer mit Mirè blieb. Es stellte sich indessen heraus, wie dies aus den Mittheilungen des Advokaten erhellt, daß die Sicherheitsbeamten, nachdem sie das Zimmer verlassen, an den Thüren horchten.

Paris, 20. Juni. [Tagesbericht.] Aus Anlaß der Jahresfeier der Annexion von Savoyen hat der Kaiser der Stadt Annecy ein Dampfboot, „Krone Savoyens" genannt, zum Geschenk gemacht; dasselbe ist mit ganz besonderer Sorgfalt in Bordeaux gebaut worden, und für den Dienst auf dem See bestimmt. Die Stadt Annecy war Abends festlich beleuchtet und der Gemeinderath hat sofort eine Dankadresse an den Kaiser abgeschickt und beschlossen, daß eine Marmortafel die Erinnerung an diese Gabe verewigen soll. — In der Pariser Fruchthalle gehen die Preise zurück, weil bei dem günstigen Wetter eine frühzeitige Ernte in Aussicht steht. Auch ist in Marseille eine namhafte Anzahl von Schiffen gemiethet, um Getreide aus Odessa abzuholen. — Von den Generalrathswahlen sind bis jetzt 717 bekannt; davon gehören 698 Kandidaten der Regierung und nur 19 den verschiedenen Oppositionen an. Bemerkenswerth aber ist andererseits, daß sich in den größeren Städten die Bevölkerungen in Masse der Abstimmung enthalten haben. — Aus Ajaccio wird gemeldet, daß die Legung des Telegraphenkabels zwischen Toulon und Ajaccio durch das Haus Glaß, Elliot und Komp. gelungen ist. — Dentu hat so eben ein interessantes Werk in lateinischem und französischem Text herausgegeben. Es sind die sogenannten Monita secreta der Gesellschaft Jesu, eine Sammlung der geheimen Weisungen, die für die Zwecke des Ordens bei verschiedenen Veranlassungen ergangen sind. Sie sind nach einer bereits 1661 erschienenen Ausgabe veröffentlicht, und mit modernen Noten bereichert. — Die Nachrichten aus Syrien über angeblich vorgefallene Metzeleien sind, dem „Pays" zufolge, sehr übertrieben. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben zwei drusische Soldaten einem Christenmädchen Gewalt angethan, wurden aber sogleich ergriffen, von Fuad Pascha vor ein Kriegsgericht gestellt und sofort erschossen; dieses gab Veranlassung zu den beunruhigenden Gerüchten. — Admiral Tinan kreuzt längs der Küsten Syriens und beruhigt die dortige Bevölkerung. — Marschall Niel wird sich in außerordentlicher Mission nach Turin begeben, um Victor Emanuel wegen der Anerkennung des Königreichs Italien zu beglückwünschen. — Das „Pays" wird jetzt zu 10 Centimes (statt 15) verkauft und öffentlich in den Straßen ausgerufen, was bis jetzt mit den anderen Journalen nicht der Fall ist. Es soll der „Patrie" aus Leibeskräften Konkurrenz machen. — Aus Toulon wird gemeldet, daß am 16. Juni um 2 Uhr Morgens der „Lawson", ein amerikanisches Schiff von 600 Tonnen, verbrannt ist. Die Feuersbrunst war furchtbar, weil das Schiff, das in einem kalifornischen Hafen mit Schiffsbauholz für die Werfte La Seyne bei Toulon befrachtet war, eben im Ausladen begriffen und Gefahr vorhanden war, die Feuersbrunst werde auf den Werften um sich greifen. Der Verlust wird auf 300,000 Fr. angegeben; es war jedoch Alles versichert. Das Feuer begann im Rumpfe, wo eine Menge Pechtonnen lag.

— [Die Anerkennung des Königreichs Italien.] Die halbamtliche „Patrie" sagt in einem zweiten, der Anerkennung Italiens gewidmeten Artikel: „Die Thatsachen sind bekannt, welche die Einstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen den Höfen von Paris und Turin motivirten. Die französische Regierung hat geglaubt, gewisse politische Handlungen der piemontesischen Regierung tadeln und ihren Gesandten zurückrufen zu sollen. Aber dadurch, daß diese Handlungen fortbestehen, ergiebt sich daraus, daß Frankreich seinen Beweis der Mißbilligung ewig fortdauern lassen und sich fern von einem Staate halten soll, welcher 24 Millionen zählt, und mit welchem uns so viele Interessen, so viele Erinnerungen und die Dienste, welche wir kürzlich Italien geleistet haben, verbinden? Müssen wir uns feindlicher oder wenigstens ebenso gegen Italien zeigen, für welches wir gekämft haben, als diejenigen, welche gegen dasselbe gekämpft oder ihm stets nur Uebles gewünscht haben? Hierin liegt die ganze Frage. Für jeden klarsehenden und wahrhaft unparteiischen Mann ist sie gelöst. Indem wir mit Victor Emanuels Regierung die diplomatischen Beziehungen wieder Anknüpfen, nehmen wir die Stellung wieder ein, in der wir uns vor ihrem Bruch befanden, ohne uns zu desavouiren. Wir werden den Tadel nicht zurücknehmen, welchen wir über gewisse ihrer Handlungen aussprachen, wir lassen heute den unnütz und den Interessen beider Länder schädlich gewordenen Beweis des Tadels verschwinden. Frankreich kehrt zu seiner Stelle zurück und läßt Italien auf seine Gefahr hin in der seinigen. Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes der Dinge würde als eine Art gegen die italienische Regierung geschleuderten Interdikts erscheinen und könnte als eine Schmälerung des von Frankreich proklamirten Prinzips der Nichtintervention ausgelegt werden. Wir dürfen uns keinen solchen Vorwurf zuziehen, indem wir die Augen vor dem was wirklich schön ist schließen."

— [Die Expedition in Kochinchina.] Ein Schreiben der „Débats" aus Saigun vom 25. April sagt: „Seit der Einnahme von Mytho ist nichts von Bedeutung vorgefallen. Es fehlt uns jetzt uoch Bienhoa, um Herr des ganzen Dreiecks zu sein, welches das sogenannte Unter-Kochinchina bildet. Der Besitz dieses Platzes ist für uns eine Nothwendigkeit, und wenn ihn die Anamiten tapfer vertheidigen, so werden wir ihn theuer erkaufen müssen. Da die Regenzeit begonnen hat, so werden wir vor der Hand unsere Kräfte schonen müssen, wenn wir sie nicht dezimirt sehen wollen. Später, wenn der Tu-Duc in seiner Weigerung verharrt, mit uns zu unterhandeln und uns nöthigt, den Krieg fortzusetzen und bis nach Fur zu marschiren, werden sich die Proportionen des Kampfes in einem schwer vorauszusehenden Maaßstabe vergrößern. Eine Handvoll Leute wäre dann nicht mehr hinreichend, sondern es bedürfte einer ganzen Armee, die fortwährend unterhalten werden müßte; es wäre dies alsdann die Eroberung eines zweiten Algeriens. Man wird es sich ohne Zweifel zweimal überlegen, aber die Aussicht in diesem Lande ist für Frankreich immerhin glänzend, da sich mit der Zeit ein zweites Java schaffen läßt."

— [Die Franzosen und Landau.] Die offiziösen Blätter fordern das Publikum auf, in der Verstärkung der Besatzung von Landau nur eine „Maaßregel der inneren Ordnung" zn erblicken, welche nur die Staaten des deutschen Bundes interessire. Doch aber dürfe nicht vergessen werden, daß Landau eine Festung ersten Ranges sei, „um welche die Verträge von 1815 Frankreich gebracht haben".

Paris, 21. Juni. [Tagesbericht.] Der Kaiser bleibt bis gegen Ende Juli in Vichy und stattet dann dem Grafen Morny auf dessen Besitzung bei Clermont-Ferrand einen kurzen Besuch ab. Die Kaiserin begiebt sich mit dem kaiserlichen Prinzen von Fontainebleau nach St. Cloud, wo sie sich bis zur Rückkehr des Kaisers aufhalten wird. — Der Herzog v. Grammont, der bereits auf dem Punkte stand, seine Urlaubsreise nach Vichy anzutreten, soll die Weisung erhalten haben, noch einige Tage länger an seinem Posten zu verweilen. — Im „Constitutionnel" tritt heute Granier de Cassagnac (Grandguillot kündigt an, daß der Genannte seine frühere Stellung in dem halbamtlichen Blatte wieder angenommen hat) zum ersten Male wieder auf. Sein Artikel führt den Titel: „Der Graf Cavour und sein Werk." Er läßt demselben alle Gerechtigkeit widerfahren, glaubt aber, daß Graf Cavour mehr gezwungen als freiwillig sich dazu verstanden habe, auch Unter-Italien in Piemont einzuverleiben; denn er ist der Ansicht, daß die Möglichkeit eines einheitlichen Italiens noch nicht bewiesen ist. Er freut sich zwar, daß die östreichische Herrschaft in Italien auf immer vernichtet ist, er betont aber auch sehr stark, daß Italien an Frankreich fest halten müsse. — Hr. Barrot, französischer Botschafter in Madrid, ist heute Abends in Paris angekommen. Er begiebt sich bekanntlich nach Vichy. Graf Persigny begleitet den Kaiser nach genanntem Badeorte. — Heute nahm der gesetzgebende Körper das Gesetz über die Privattelegraphie an. Dasselbe reduzirt bekanntlich den Preis der einfachen Depesche für das Innere Frankreichs auf 1 und 2 Franken. — Die Bank von Frankreich soll die letzten ihr von Konstantinopel gemachten Vorschläge nicht angenommen haben.

Italien.

Turin, 18. Juni. [Tagesbericht.] Ricasoli hat die Hoffnungen einer gewissen Koterie, welche die Beseitigung mehrerer verdienten Beamten durchzusetzen sich bemüht, getäuscht. Sowohl der Generalsekretär des auswärtigen Ministeriums, Carutti, als auch Artom, dessen Dienstleistungen geradezu unentbehrlich sind, bleiben im Amte. Ricasoli weigert sich sogar, dem Letzteren den verlangten Urlaub von drei Monaten zu geben, und willigt eher ein, ihm vierzehntägige Ferien zu gestatten. Ricasoli begreift, was er an diesem Manne verlöre. Auch im Kriegsdepartement soll Alles beim Alten bleiben. — Rom gegeuüber sucht man hier schonend aufzutreten. Die offizielle Zeitung hat den Befehl erhalten, die Adresse der Römer an den Kaiser der Franzosen nicht nachzudrucken. — Mazzini legt wieder eine große journalistische Thätigkeit an den Tag, es vergeht fast kein Tag, ohne daß die „Unita Italiana" einen Artikel aus seiner Feder brächte. — General della Rovere hat das ihm angebotene Kriegsministerium uicht definitiv ausgeschlagen. Er hat an Ricasoli geschrieben, er werde ihm demnächst einen Bericht über die Situation von Sicilien einsenden, und dann möge das Kabinet entscheiden, ob er seinen Aufenthalt auf der Insel zu verlängern hätte, oder nach Turin zurückkehren könne. — Der neapolitanische Justizminister Mancini, derselbe, welcher unter der Statthalterschaft des Prinzen von Carignan das Dekret über die Einziehung der Kirchengüter beantragte und durchsetzte, hat seine Entlassung aus dem Staatsdienste zugleich mit einem anderen hohen Justizbeamten, dem Präsidenten des Kriminalgerichtshofes, Tafona, verlangt. Dieser von Beamten, welche dem piemontesischen Regime bisher günstig gestimmt waren, überraschende Entschluß wurde dadurch hervorgerufen, daß man einen ihrer Kollegen, den Präsidenten des Kassationshofes, mit einem niederen Rang von hier nach Mailand versetzte. — Nach der Turiner „Militär-Zeitung" hat die italienische Armee gegenwärtig eine Stärke von 185,000 Mann. Nach Abzug der mit eingerechneten Karabinieri und Trainsoldaten bleiben nicht mehr, als 150,000 übrig, von denen im Fall eines Kriegs mindestens 80,000 zur Niederhaltung der annexirten Provinzen, und als Festungsbesatzung verwendet werden müssen. Nach weiterem Abzug der Reserven und und der Depots erhält man die gegenwärtige Offensivkraft Italiens gegen Oestreich. — Privatbriefe aus der Insel Caprera melden der „Patrie" vom 19. Juni, daß Garibaldi seit einigen Tagen wieder an einem mehr schmerzhaften als gefährlichen Rheumatismus leidet.

— [Das Parlament.] Die zur Majorität des Parlaments zählenden Deputirten haben eine Privatversammlung gehalten, worin die gegenwärtige Lage in Betrachtung gezogen und beschlossen wurde, dem neuen Ministerium die Stütze des Parlaments nicht zu entziehen, so lange nicht die wichtigsten und dringendsten Gesetze angenommen sind. Man kam daher überein, nicht auf eine Vertagung der Session zu dringen, bevor die nothwendigsten Finanzgesetze, das administrative Gesetz und die Entwürfe, betreffend den Ausbau der nothwendigsten Eisenbahnen erledigt sind. Dieser Beschluß erhielt allgemeinen Beifall, und man hofft, daß die Deputirten bei dieser Gesinnung verharrea werden. In der That hatte man schon der Befürchtung Raum gegeben, daß eine größere Anzahl von Deputirten, als genüge, um die Kammer beschlußunfähig zu machen, in der jetzigen Jahreszeit Turin verlassen würde. Dies würde nicht nur das Ministerium in große Verlegenheit gebracht, sondern auch die Ungewißheit der jetzigen Zustände mit großer Gefahr für die öffentliche Ruhe verlängert haben. Uebrigens können die nothwendigsten Gesetzesvorlagen recht gut in vierzehn Tagen höchstens drei Wochen durchgebracht werden. Man hat es aufgegeben, das regelmäßige Budget für 1861 zu berathen und wird dagegen durch ein provisorisches „Finanzgesetz" dem Ministerium die Vollmacht ertheilen, bis zum Ende des lanfenden Jahres die Steuern und Ausgaben nach dem Jahr 1860 zu regeln. (N. Z.)

— [Die Unruhen im Neapolitanischen.] Die „Wiener Zeitung" meldet aus Neapel vom 11. d. M., daß die Royalisten mit den schwachen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zwei verhältnißmäßig bedeutende Erfolge gegen die Piemontesen errungen haben. Bei Sora und San Germano steht noch immer das kleine von Chiavone kommandirte Korps, das je nach den Umständen die Offensive ergreift oder sich in die Berge zurückzieht. In den letzten Tagen ist nun eine starke, mit Artillerie versehene Abtheilung piemontesischer Truppen gegen dieses Korps gezogen, aber von demselben in einen Hinterhalt gelockt worden, aus welchem sich nur ein geringer Theil durch die Flucht retten konnte, aber Waffen und namentlich Geschütze in den Händen der königlichen zurücklassen mußte. Der zweite Kampf hat bei Foggia stattgefunden; zwei Kompagnien Bersaglieri zogen dort den über den Gargano gegangenen Royalisten entgegen, wurden aber von ihnen aufs Haupt geschlagen und konnten nur nach schweren Verlusten Foggia wieder erreichen. Außer diesen zwei Banden steht eine dritte in den Umgebungen von Maddaloni, Arienzo und San Agata di Goti, eine vierte in den Abruzzen, eine fünfte in Calabrien. Diese Banden verstärken sich: die von Chiavone kommandirte ist jedoch in einem späteren sehr blutigen Gefechte wieder von S. Marco-in-Lamis zurückgedrängt worden; als die Piemontesen in den Ort einzogen, war es ihr erstes Geschäft, sechs Personen füsiliren zu lassen. Dagegen ist die Nationalgarde in Suima von den Royalisten entwaffnet worden, die bereits so kühn sind, daß sie ihre Exerzitien in der unmittelbaren Nähe bevölkerter Ortschaften machen, ohne daß die Nationalgarden sich eine Störung auch nur im entferntesten beifallen lassen würden. Jene neapolitanischen Gemeinden, die sich an der ihnen angeblich behufs der Ausführung öffentlicher Arbeiten aufgelegten Anleihe nicht betheiligen wollen, werden zwangsweise zur Vollführung solcher Arbeiten verhalten. — Am 8. Juni entdeckte Spaventa eine bourbonische Verschwörung, und ließ eine große Anzahl von Leuten, die bei derselben betheiligt waren, verhaften. Der Leiter des Unternehmens war ein früherer neapolitanischer Artilleriemajor Namens Andreuzzi, bei dem viele Papiere, welche über die Plane der Königlichen Aufschluß geben, und außerdem eine Summe von 30,000 Ducati in neapolitanischem, aber in Rom geprägtem Gold, gefunden wurden. Die „Perseveranza" berichtet aus Palermo über eine Landung von Bourbonisten bei Augusta im Bezirke Noto. Dieselben zogen sich gegen Siracusa, eine Abtheilung piemontesischer Truppen wurde ihnen entgegengeschickt, Weiteres ist nicht bekannt. Die Küste wird von piemontesischen Schiffen bewacht. Auf der Adriatischen Küste in Gargano und Sanejo, Distrikt Carino, erschienen Banden Aufständischer. Die Nationalgarde, welche ihnen entgegenrückte, mußte sich geschlagen in die Stadt zurückziehen. Der Kampf mit den Truppen dauert noch an verschiedenen Orten fort.

— [Stimmung in den Marken; Unsicherheit im Neapolitanischen.] In den von den Piemontesen usurpirten Theilen des Kirchenstaates müssen besondere Maaßregeln gegen die zahlreichen Rekrutirungspflichtigen getroffen werden. Der Klerus in den Marken und Umbrien hat beschlossen, seine Mitwirkung an den Exequien für Cavour zu verweigern. — Im Königreich Neapel ist es mit der öffentlichen Sicherheit noch immer selbst in den Straßen der Hauptstadt sehr schlecht bestellt. Die Zeitungen bringen fortwährend Nachrichten über zahlreiche Raubanfälle und fügen bei, daß sie bei weitem nicht alles melden, was auf diesem

Gebiete vorkommt. Unter Anderem wurde der Postbote von Apulien, der von 30 Nationalgarden begleitet war, am 11. d. bei der zweiten Brücke von Monteforte von mehr als 60 Bewaffneten angefallen. Seine Eskorte zerstreute sich bei den ersten Flintenschüssen und die Angreifer eigneten sich Alles zu, was sie im Wagen fanden, darunter einen Betrag von 6000 Dukati.

Turin, 20. Juni. [Die Deputirtenkammer] hat den Entwurf Garibaldi's zu einer Nationalbewaffnung mit einigen vom Ministerium zugestandenen Aenderungen in Berathung genommen. Petrucelli, von der äußersten Linken, bekämpfte die Vorlage lebhaft: man solle die reguläre Armee vermehren, aber keine Freikorps bilden in Zeiten, wo kein Krieg sei. Die endlose Okkupation Roms durch die Franzosen verstoße gegen das offenbare Recht Italiens und gegen das Prinzip der Nichtintervention, und sei eine Beleidigung so wie eine Quelle des Unheils für Italien. Diese Rede rief große Aufregung, Widerspruch und Ordnnngsrufe hervor.

Turin, 21. Juni. [Telegr.] Der König Victor Emanuel hat heute die Deputation aus Rom mit der Adresse empfangen. — Neue Emissäre sind, wie aus Rom, 19. Juni, gemeldet wird, nach Umbrien und in die Marken abgegangen. — Im Befinden des Papstes ist eine Besserung eingetreten. Ende des Monats will Se. Heiligkeit nach Castel Gandolfo übersiedeln. — Marquis Pepoli soll in Pepoli gefährlich erkrankt sein.

Rom, 13. Juni. [Exilirte; der Papst; Liebesgaben; Campana; Verfälschungen.] Der Fürst Piombino folgte so eben seinem Schwiegersohne, dem Herzoge del Fiano, auf eine artige Weisung der Polizei nach Turin, und aus dem größeren Publikum fehlt mit jedem neuen Tage eine bekannte Persönlichkeit nach der anderen. Für viele der letzteren ist das Exil eine Verbesserung ihrer ruinirten häuslichen Verhältnisse, da sie in Umbrien oder im Neapolitanischen ohne Schwierigkeit eine Anstellung oder Versorgung finden. — Der heilige Vater machte gestern die erste längere Spazirfahrt nach seiner Genesung. Wenn nicht unvermuthete Hindernisse eintreten, wird er gegen das Ende dieses Monats ein geheimes Konsistorium halten. Die außerordentlichen Liebesopfer, die ihm besonders aus Südamerika zufließen, wurden in dieser Woche durch das Geschenk einer Dame aus Peru in überraschender Weise übertroffen. Sie überbrachte im Namen ihrer Familie zehn Wechsel, wodurch Sr. Heiligkeit die Gesammtsumme von einer Million Dollars zur Verfügung gestellt ist. — Nachdem nun durch die Verkaufsgelder der Antikensammlung des Marchese Campana dessen Schulden gedeckt sind, hat sich noch ein Ueberschuß von 160,000 Skudi vorgefunden. Campana bleibt somit noch ein wohlhabender Mann.— Die Verfälschung der Getränke und Lebensmittel ist nun auch auf den Altären wiederzufinden. Eine Weisung des Kardinalvikars an die Kirchenobern beklagt die Verfälschung der Kerzen in den Kirchen, die gesetzlich aus reinem Wachs sein sollten, und schärft die betreffende kanonische Verordnung ein. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 20. Juni. [Gesetz über die Verwaltung der Städte.] Nachdem das gestrige Regierungsblatt (gazeta rządowa) den Allerhöchsten Ukas, betreffend die Wahlen zu den Kreis-, Stadt- und Gubernialräthen, die im Königreich Polen eingeführt werden sollen, veröffentlicht hatte, folgte heute die Publikation des Gesetzes über die Verwaltung der Städte. Wir entnehmen demselben die wichtigeren Bestimmungen. In der Hauptstadt Warschau, allen Städten zweiten Ranges und denjenigen Städten dritten Ranges, welche der Administrationsrath auf den Antrag der Regierungskommission des Innern mit Rücksicht auf die Einwohnerzahl, die städtischen Einkünfte und die Höhe der versicherten Grundstücke für qualifizirt erachtet, wird die städtische Verwaltung aus dem Munizipalrath und dem Magistrat bestehen. Der Munizipalrath wird in Warschau aus 24, in den Städten zweiten Ranges aus 12, in den Städten dritten Ranges aus 8 Mitgliedern zusammengesetzt sein und von den allgemeinen städtischen Wahlversammlungen gewählt werden. Der Magistrat wird aus dem Präsidenten und drei Beigeordneten für Warschau und die Städte 2. Ranges, aus dem Präsidenten und zwei Beigeordneten bei den Städten 3. Ranges bestehen. Der Präsident der Stadt Warschau wird vom Kaiser, die Präsidenten zweiter und dritter Rangstädte von der Regierungs-Kommission des Innern ernannt. In den Sitzungen des Munizipalrathes, die sich in ordentliche und außerordentliche theilen, führt der Präsident der Stadt den Vorsitz. Die Sitzungen werden bei geschlossenen Thüren abgehalten. Nur einmal im Jahre sollen die Sitzungen des Munizipalrathes auf erfolgte Genehmigung des Statthalters öffentlich abgehalten werden. In diesen wird der Magistrat über die Verwaltung der Stadt im verflossenen Jahre Bericht erstatten. Diese Berichte können auch durch den Druck veröffentlicht werden. Dem Präsidenten steht das Recht zu, selbst gegen das Votum der Majorität des Munizipalrathes solche Gegenstände von der Tagesordnung und Berathung auszuschließen, für die er denselben nicht kompetent erachtet, oder von deren Verhandlung und Beschlußnahme er gefährliche Folgen für die Ruhe und Sicherheit der Stadt befürchtet. In solchen Fällen ist aber der Präsident gehalten, binnen drei Tagen der Regierungskommission des Innern, resp. den Gubernialbehörden Anzeige von seiner Weigerung zu machen und den entgültigen Beschluß dieser Behörden herbeizuführen. In gleicher Weise dient auch den Munizipalräthen das Recht der Berufung. Der Munizipalrath hat die nachstehenden Funktionen: a) die innere Verwaltung der Stadt, b) die Aufstellung der Einnahme- und Ausgabeetats der Stadt, c) die äußere Verwaltung, d) die Aufsicht über die städtischen Institute, so wie e) die Begutachtung aller ihm von den Behörden zugesandten Gegenstände, welche die Stadt und ihre Institutionen betreffen. Hinsichtlich des Punktes ad a) unterliegen aber alle Beschlüsse des Munizipalrathes der Genehmigung der Behörden, sofern sie den Kauf, Tausch, die Belastung oder Verpachtung von städtischen Grundstücken auf länger als 12 Jahre betreffen; ferner die Beschlüsse über veränderte Verwendungen von Grundstücken; die Erhebung von Anleihen, von Prozessen über streitige Angelegenheiten der Stadt, sowie gutwillige Vereinbarungen während der Prozesse über die Annahme von Schenkungen und Legaten, die eine gewisse Höhe übersteigen. Die vom Munizipalrath aufgestellten Etats unterliegen in gleicher Weise der Bestätigung der Behörden. Der Magistrat ist die exekutive Behörde der Stadt, er führt die Beschlüsse der Behörden und des Munizipalraths aus und vertritt die Stadt nach Außen, sowohl den Behörden als den Einwohnern gegenüber. Die städtische Polizei steht in Warschau direkt unter dem Oberpolizeimeister, in allen übrigen Städten ausschließlich unter dem Stadtpräsidenten. (Schl. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Juni. [Ein Toast des Königs.] Nach einem Telegramm der „Hamburger Nachrichten" sagte der König bei einem Festmahle zu Aarhuus in einem Toaste unter Anderem: Er habe stets gewünscht, allen seinen Unterthanen bis an die Elbe das unschätzbare Gut der Freiheit zu geben. Seine deutschen Unterthanen ständen seinem Herzen ebenso nahe, wie die dänischen; der Streit zwischen deutsch und dänisch habe manches zurückgehalten. Seine Arme seien für alle Bewohner der Monarchie offen; es würde für ihn ein Segen sein, wenn sie alle ihm ebenso entgegenkämen.

Amerika.

Newyork, 5. Juni. [Maaßregeln des Südens.] Der Kongreß der Südstaaten hat in seiner letzten Sitzung eine Akte genehmigt, wonach die Ausfuhr von Baumwolle per Eisenbahn über Land nach dem Norden verboten wird. Diese Maaßregel zeigt, von welcher Seite man dort eine Beeinträchtigung des Geschäfts der Seehäfen fürchtet. Baares Geld ist im Süden jetzt schon so selten, daß viele Städte in Ermangelung der Silbermünze sich mit Papierscheinen von 5—25 C. (Shinplasters) aushelfen müssen. Die erste Sonderbundsanleihe von 15,000,000 Dollars ist immer noch zur Hälfte ungezeichnet und Davis hat daher die Ausgabe von 50,000,000 Doll. Confed. Bonds verordnet, welchen man später vermuthlich auch eine Zwangszirkulation für Baumwolle zu geben hofft. Ueberall im Süden gilt Gold als Kriegskontrebande und in manchen Staaten ist es „Hochverrath", wenn Einer seine Schulden an Bürger der Union bezahlt.

Militärzeitung.

Deutschland. [Darmstadt; Widerspruch.] Bekanntlich ist erst ganz vor Kurzem von Seiten des Großherzogthums Hessen ein Antrag an den Bund ergangen, die Kaliber- und Systemeinheit bei Einführung der neuen gezogenen Geschütze in der Bundesarme durch eine ausdrückliche Bestimmung aufs Speziellste sicher zu stellen, und jetzt findet sich in der „Bundes-Militär-Zeitung" eine Kriegsministerialverfügung derselben Regierung vom 27. v. M. veröffentlicht, worin die neue Formation der 4 Feldbatterien des großherzoglichen Artilleriekorps folgendermaßen geordnet und festgestellt wird: Dieselbe wird bestehen in 1) einer reitenden Batterie von 4 glatten und 2 nach östreichischem System gezogenen Sechspfündern; 2) einer Fußbatterie von 6 glatten Zwölfpfündern; 3) einer Fußbatterie von 6 gezogenen Sechspfündern preußischen Systems und 4) einer Fußbatterie von 6 nach östreichischem System gezogenen Sechspfündern. Jener beiläufig abgelehnte Antrag scheint also für diese Regierung selbst doch keineswegs maßgebend gewesen zu sein, und in den Worten und der Handlung ist hier wieder einmal ein nicht zu vereinender Widerspruch vorhanden.

Frankreich. [Vermischtes.] Im Offizierstande der Marine sollen bedeutende Veränderungen eintreten, namentlich unter den Linienschiffsoffizieren. Sie sollen nämlich in Zukunft nach Spezialitäten in verschiedene Kategorien eingetheilt werden. So wird es künftig Offiziere für die Kanonen, für das Musketierwesen, für die Maschinen, die Schiffsmanöver und für die Hydrographie geben. Im Hafen von Lorient sind 2 schwimmende Batterien von Eisen auf die Werft gestellt worden. Ebenso soll dort nächstens mit dem Bau einer ganz besonderen Art von Schiffen, „Carapaces" genannt, begonnen werden. Diese neuen Fahrzeuge sind ganz klein, nicht bloß gepanzert, sondern förmlich kugelfest eingehäuft. Jedes bekommt 4 gezogene Stahlkanonen und 100 Mann Besatzung. Nichtsdestoweniger soll bei den Schießübungen in Lorient ein Projektil erfunden worden sein, das auch durch die besten Eisenpanzer dringt; eine Erfindung, welche, da sie kein Geheimniß bleiben kann, Besorgnisse über die Wirksamkeit der gepanzerten Fregatten überhaupt erregen muß.

Amerika. [Die Armee der rebellischen Staaten.] In der östreichischen „Mil. Ztg." findet sich aus der „Times" entnommen folgende Schilderung der Armee der südlichen rebellischen amerikanischen Staaten enthalten: Es herrscht eine endlose Mannichfaltigkeit von oft nichts weniger als kleidsamen und schönen Trachten, Equipirungen und Namen bei diesen Truppen. Die Kopfbedeckung ist im Allgemeinen eine leichte Mütze, ähnlich dem französischen Käppi; der Rock ist von dem verschiedenartigsten Schnitt, Farbe, Aufschlägen und Stoff; grün mit grauen und gelben Aufschlägen; grau mit orange, weiß und schwarz; blau mit weiß und gelb, hellbraun, dunkelbraun und olivenfarben, — Jacken, Fracks, Tuniken, Blousen, Tuch, Leinen, Halbtuch, Flanell. Die Offiziere haben meist blaue Fracks mit Metallknöpfen und rothe Schärpen; den Rang zeigen goldene Tressen-Parallelogramme auf den Achselklappen, an, die denen in der russischen Armee gleichen. Die Waffen der Leute scheinen gut gehalten und in guter Ordnung. Manche schultern indeß noch die „Weiße Behs", die alte glattläufige Muskete mit ungebräuntem Rohr. Die gegenwärtige Zahl der Männer unter Waffen (Anfang Mai) in und um Charleston beträgt nach einer mir von den Behörden mitgetheilten Liste 12,002 Mann, davon stehen auf Morris Island 2625, Sullivan Island 1750, Stone Point 750, Kolumbia 1950, Charleston 1900 und im Felde rapportirt sind 3027 Mann; in Morris Island befinden sich das 1., 2. und 17. Regiment, in Sullivans Island das 5. Regiment und Detachements des 8. und 6. Regiments nebst 250 Mann Kavallerie. Die genannten Regimenter sind aus den verschiedenen, an verschiedenen Orten errichteten Kompagnien zusammengesetzt; die regulären Truppen des Staats erwarten aber bald dem regelmäßigen Heer der konföderirten Staaten beigesellt zu werden, das in der Bildung begriffen ist. Da Süd-Karolina nicht über 55,000 registrirte Wähler zählt, so ist die Ziffer der von ihm gestellteu Mannschaft ein Beweis von dem Eifer der Bevölkerung für die einmal in die Hand genommene Sache. Die Truppen sind unläugbar körperlich tüchtig, hin und wieder sieht man wohl schwächliche und kleine Leute, die große Mehrzahl hat aber das durchschnittliche Maaß des europäischen Militärs und ist wohlgebaut und muskelkräftig. Alle Stände befinden sich darunter vertreten und Viele, so sagte man mir wenigstens, von denen, welche jetzt in Reihe und Glied unter der Muskete stehen, haben ein Einkommen von 5000 bis 10,000 Pfd. St., ja, man nannte mir einige, die noch viel mehr werth wären. Ein Gemeiner traktirt seine Kompagnie mit Pasteten und Madeira, ein anderer mit Champagner; sehr angenehm auf den dürren Dünen; ein Dritter kauft den Leuten seiner Wache ein vollständiges Equipement von Enfieldbüchsen. Wie lange der Eifer und die Mittel dieser Gentlemen dauern werden, ist freilich nicht leicht zu sagen. Gegenwärtig würden sie aber jedem Feinde furchtbar sein; ausgenommen einer regulären Armee im offenen Felde. Feldartillerie oder eine entsprechende Kavallerie haben sie eben noch nicht, auch sind sie nicht gewohnt, in großen Korps zu agiren. — Gestern besuchte ich den General Beauregard, den Kommandeur der Truppen Süd-Karolina's. Gleich allen seinen Adjutanten saß derselbe am Schreibpult. Wer etwas vom Militär versteht, unterscheidet leicht den „echten Artikel" von dem nachgemachten; als General Beauregard sich erhob, um uns willkommen zu heißen, wußten wir, daß wir einen Mann vor uns hatten, der noch Größeres zu leisten im Stande ist, als Fort Sumter zu nehmen. Er ist ein kräftig gebauter, hagerer Mann von etwa 40 Jahren, breitschultrig, von mittler Größe, an seinem Kopfe, den dichtes, kurzgeschnittenes Haar bedeckt, treten entschieden die beiden phrenologischen Buckel der Reflexion und der Kampflust hervor, das Gesicht ist sehr mager mit hervorstehenden Backenknochen, einer wohlgeformten Adlernase, einem scharfgeschnittenen breiten Munde und einem stark hervortretenden Kinn. Kommt es zu wichtigen militärischen Operationen, so wird sicher sein Name oft genannt werden, daher diese Silhouette. —p.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. Juni. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preußische Monarchie bedeutendsten Marktstädten im Monat Mai 1861 werden nach einem monatlichen Durchschnitte in preuß. Sgr. und Scheffeln vom statistischen Büreau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	$88\frac{1}{12}$	$54\frac{2}{12}$	$42\frac{6}{12}$	$26\frac{9}{12}$	$17\frac{1}{12}$
2) Bromberg	$84\frac{5}{12}$	$51\frac{10}{12}$	36	25	$18\frac{8}{12}$
3) Krotoschin	85	$57\frac{6}{12}$	$42\frac{6}{12}$	$31\frac{2}{12}$	$17\frac{2}{12}$
4) Fraustadt	$83\frac{11}{12}$	$57\frac{3}{12}$	$46\frac{3}{12}$	$30\frac{6}{12}$	$16\frac{4}{12}$
5) Gnesen	$84\frac{7}{12}$	$53\frac{1}{12}$	$42\frac{8}{12}$	$28\frac{10}{12}$	$16\frac{3}{12}$
6) Rawicz	$84\frac{5}{12}$	$58\frac{4}{12}$	$50\frac{5}{12}$	31	$21\frac{8}{12}$
7) Lissa	$87\frac{1}{12}$	$59\frac{11}{12}$	$48\frac{8}{12}$	$30\frac{3}{12}$	18
8) Kempen	$81\frac{8}{12}$	$55\frac{3}{12}$	$47\frac{7}{12}$	$30\frac{5}{12}$	$21\frac{5}{12}$
Durchschnittspreise der 13 preußischen Städte	$87\frac{1}{12}$	$48\frac{10}{12}$	$38\frac{5}{12}$	$24\frac{6}{12}$	$22\frac{4}{12}$
„ 8 posenschen „	$84\frac{3}{12}$	$55\frac{11}{12}$	$44\frac{7}{12}$	$29\frac{3}{12}$	$18\frac{4}{12}$
„ 5 brandenb. „	$91\frac{7}{12}$	$55\frac{11}{12}$	$48\frac{9}{12}$	$31\frac{2}{12}$	$21\frac{4}{12}$
„ 5 pommersch. „	96	$56\frac{1}{12}$	$45\frac{2}{12}$	$30\frac{7}{12}$	$21\frac{6}{12}$
„ 12 schlesischen „	$82\frac{9}{12}$	$61\frac{2}{12}$	$49\frac{9}{12}$	$30\frac{8}{12}$	$23\frac{7}{12}$
„ 8 sächsischen „	$89\frac{9}{12}$	$59\frac{6}{12}$	$49\frac{10}{12}$	$31\frac{3}{12}$	$19\frac{4}{12}$
„ 13 westfäl. „	98	$65\frac{9}{12}$	$60\frac{11}{12}$	$35\frac{8}{12}$	34
„ 16 rheinisch. „	$104\frac{3}{12}$	$70\frac{11}{12}$	$60\frac{4}{12}$	$35\frac{9}{12}$	$36\frac{9}{12}$

Meseritz, 22. Juni. [Todesfälle.] Am 17. d. ertrank in der Obra der Kaufmann Moritz Stadthagen von hier, wahrscheinlich in Folge eines Schlaganfalls. Der Unglücksfall wurde dadurch entdeckt, daß der hiesige Kr. Ger.Sekr. Z. an der Badestelle Kleidungsstücke fand, aber nirgend einen Badenden bemerkte. Mit Hülfe eines Kahns stellte man Nachforschungen an und fand die Leiche des Ertrunkenen eine Strecke unterhalb der Badestelle in der Nähe des früheren Schießstandes. Die ärztlichen Wiederbelebungsversuche blieben leider ohne Erfolg. Die Beerdigung des Verunglückten fand unter großer Theilnahme seiner Glaubensgenossen statt. — Ein zweiter Todesfall wird nicht verfehlen, auch in weiteren Kreisen die lebhafteste Theilnahme zu erwecken. Am 20. d. verschied nach längerem Leiden der königl. Postdirektor Friedrich Wilhelm Schneider, wenige Tage vor Vollendung seines 80. Lebensjahres. Vor $1\frac{1}{2}$ Jahren feierte er noch in voller Rüstigkeit seine goldene Hochzeit, welcher vor längerer Zeit sein 50jähriges Dienstjubiläum vorausgegangen war. Der Verstorbene erfreute sich während seines langjährigen hiesigen Wirkens eben so sehr der vollsten Anerkennung seitens seiner Vorgesetzten, als der Liebe und Achtung aller seiner Mitbürger. Auch die Armen und Nothleidenden verlieren in ihm einen stets bereiten Freund und Helfer. (Gl. v. d. O.)

‡ Von der Orla, 22. Juni. [Ein Brief wegen Radenz.] Der „Dzien. pozn." brachte vor einiger Zeit die Petition des Kirchen- und Schulvorstandes von Radenz in Betreff der Namensänderung von Borzęciczki, welche diese Behörden an den Minister des Innern gerichtet hatten und gleichzeitig den abschläglichen Bescheid des Ministers. Vor einigen Tagen enthielt jenes Blatt die Nachricht, es sei der Distriktskommissarius in Borek mit einer Verhandlung beauftragt, die zum Zwecke habe, festzustellen, ob die Eingepfarrten mit der Namensänderung einverstanden seien nnd zwar sei diese Vernehmung durch denselben Minister angeordnet. Wir würden diese Nachricht als eine Erfindung betrachtet haben, hätte der Verfasser über die nachträglich angeordnete Vernehmung der Leute nicht die Bemerkung gemacht, różni sądzą różnie otym. — Diese beiden Aufsätze des „Dziennik" sind maaßvoll gehalten und wenn Graf Radolinski darin auch getadelt wird, so ist nicht zu verkennen, daß dem Verfasser wohl die Wahrung seiner Anschauung des Prinzips am Herzen liegt, daß er aber sorgfältig den Schein einer Agitation vermieden hat. Nicht so rücksichts- und würdevoll ist jedoch die nachstehende Korrespondenz eines andern Einsenders. In Nr. 142 des „Dzien. pozn." ist nämlich folgendes abgedruckt: „Der Name des Grafen Julius Radolinski ist unsern Lesern zum Ueberflusse in einer sehr traurigen Weise bekannt, durch die Angelegenheit der Namensänderung von Borzęciszki. Gegenwärtig zirkulirt in auswärtigen Kreisen des Königreichs und des Großherzogthums Posen ein gedruckter offener Brief eines der Kousins des genannten Grafen Julius. Jenen Brief finden wir wiederholt auch im letzten „Nadwislanin". Er lautet wörtlich: „An den Herrn Grafen Julius Radolinski in Borzęciczki bei Koźmin im Großherzogthum Posen. Herr Graf! Wenn es jeden der Landsleute empfindlich war, in den Korrespondenzen und öffentlichen Blättern des Großherzogthums Posen von Ihrer Handlungsweise, wie sie durch Ihren Einfluß und Ihr Bestreben bewirkten und gewagt haben, das polnische Erbgut Borzęciczki in das deutsche „Radenz" umzuändern zu lassen, was für eine tiefe Trauer erst mußte diese Nachricht die Herzen derjenigen erpressen, welche aus demselben Familienstande hervorgehen und denselben Namen tragen. Sie überlegten nicht die große Verantwortlichkeit, welche Sie durch diese That auf sich gezogen, und was für eine furchtbare (sroga) Verwünschung Ihrer Landsleute Sie hervorgerufen haben, das Grundbesitzthum gehört nicht zum Herrn, sondern zum Volke. Es ist uns also nicht erlaubt, dasselbe gering zu schätzen und um so weniger, dasselbe durch einen fremdländischen Namen zu entstalten und Sie haben vergessen, daß in Borzęciczki Polen wohnen, daß dort eine heilige polnische Kirche und ein polnischer Priester sich befinden, daß dort vielleicht Ihre polnischen Vorfahren ruhen und daß Sie vielleicht ihre Ruhe gestört haben, da sie ihre Gebeine in Borzęciczki und nicht in Radenz zur Ruhe gelegt haben. Es ist die Ueberzeugung unserer Familie, die im Königreiche Polen lebt, daß nach einer solchen That, Herr Graf, Ihnen nichts mehr zu thun übrig bleibt, als für sich einen deutschen Namen zu erbetteln und dem polnischen, den Sie zu schätzen nicht verstanden, zu entsagen, um was Sie sogar dringend bittet im Namen Aller Roman Rudolinski aus Zborowo bei Kalisch, im Königreich Polen, 7. Juni 1861." Man wird gestehen, daß hier das Sprüchwort „Viel Lärmen um Nichts" Anwendung findet. Denn der Name „Borzęciczki" wird eben so wenig einen polnischen Ursprung aufweisen können, wie der Name Radenz einen deutschen. Aber bezeichnend ist die Art der Polemik. Man kämpft um die Sache und ist für sie nichts anzuführen, so wird man persönlich und in den persönlichen Angriffen versetzt man, um mit Simson zu reden, die gewöhnlichsten Formen der Schicklichkeit. Warum hat man, als „Dupin" in Dubin umgewandelt wurde, nicht so viel Aufsehens gemacht. Der Einwand, daß Dupin ein unästetischer Name sei, ist nicht stichhaltig.

ξ Bromberg, 23. Juni. [Kreistag; Freisprechung; Gewitter; Feuer und Feuerversicherung 2c.] Auf dem gestern hier stattgehabten Kreistage sind Behufs Ausführung der neuen Grundsteuergesetze vom 21. Mai c. in die Veranlagungskommission gewählt worden: als Mitglieder: die Gutsbesitzer Bertelsmann in Morzewiec, Beck auf Wtelno, Eichstädt in Gr. Bartelsee und Rittergutsbesitzer Groschke auf Paulinen; als Stellvertreter: die Gutsbesitzer Müller in Biedaszkowo, Burchard in Stopka, Schulz in Karolewo und Friedrichowicz in Dzidno. — Der Rittergutsbesitzer Maximilian Wüstenberg auf Niecponie bei Fordon, welcher, wie s. Z. gemeldet, von der Krim. Deputation des hiesigen k. Kr. Gerichts wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung einer Einwohnerfrau (er hatte sie, da sie eines Diebstahls verdächtig erschien, etwa eine Stunde bis zur Ankunft des Gendarmen in eine Kammer gesperrt) zu dreimonatlicher Gefängnißhaft verurtheilt wurde, ist in Folge seiner Appellation am 20. d. vom Kriminalsenat des hiesigen k. Appell. Gerichts freigesprochen. — In der vergangenen Woche hatten wir hier einige Gewitter, von denen das am Dienstage mit einem heftigen Platzregen und Hagelschlag begleitet war. Durch letzteren wurden in der Stadt in verschiedenen Häusern Fensterscheiben zerschlagen; außerdem hat derselbe aber auch auf einzelnen Feldmarken im Kreise, z. B. in Kanalkolonie A., Prondy, Miedzyn 2c., großen Schaden angerichtet. Der Verlust ist für die meisten Besitzer sehr empfindlich, da sie nicht versichert waren! Der dem Gewitter vorausgehende Sturm entwurzelte Bäume und hat namentlich in Klein-Sittno eine erst neugebaute Scheune umgeworfen. — Am 17. d. brach in Stadthauland bei Schulitz Feuer aus und legte das Wohnhaus eines Käthners in Asche; an demselben Tage brannte auch in K. Brühlsdorf ein Grundstück ab. — Seitens des k. Ministeriums ist die hiesige k. Regierung aufgefordert worden, über die praktischen Wirkungen der hinsichtlich der Feuerversicherung bestehenden Gesetzgebung und über das Bedürfniß einer Aenderung derselben die Urtheile der Unterbehörden und, im Hinblick auf die Wichtigkeit des Gegenstandes für den gewerblichen Besitz und Verkehr, auch der Handelskammer einzuziehen und das Ergebniß dieser Erörterungen anzuzeigen. Von der Regierung ist der Gewerberath aufgefordert worden, in dieser Beziehung seine Erfahrungen auszusprechen. — Bei der Seitens des Generalstabsarztes im 2. Armeekorps vorgenommenen ärztlichen Untersuchung hat sich, wie ich erfahre, herausgestellt, daß 24 Prozent der Mannschaften an kontagiöser Augenentzündung leiden. In Folge dessen hat das Generalkommando auch angeordnet, daß die Soldaten des 2. Armeekorps, mit alleiniger Ausnahme von Paradeaufstellungen, die Kragen an den Waffenröcken nicht eingehakt tragen sollen 2c.— Am Freitage gegen Abend badeten sich 2 junge Leute auf dem Dühring'schen Badeplatze in der Brahe. Der eine, ein hiesiger Kaufmannslehrling, wagte sich zu tief in das Wasser, obgleich er nicht schwimmen konnte, und rief seinen Begleiter, einen sonst guten Schwimmer, zu Hülfe.

(Fortsetzung in der Beilage.)